Mittwoch, 3. November 1926 · 74. Jahrgang Nr. 519

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 50 Pfennig im voraus zahlbar; durch die Post 2,15 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. In Fälle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattungdes entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 11gespaltene Zeile 40 Pfennig, für kleine Anzeigen: das Wort 20 Pfennig; das fettgedruckte Wort 40 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 65—68. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 340 bis 343; für den Fernverkehr Nr. 4297 bis 4299. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 324, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. — Filialen: Moritzplatz, Kopenicker Strasse 67—68, Wiener Strasse 1—6, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstrasse 8, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Strasse 79, Fennstr. 1, Müllerstrasse 135, Badstrasse 41, Königstrasse 56-57, Rosenthaler Strasse 40, Rathenower Str. 2, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 58, Leipziger Str. 143, Zimmerstr. 90, Bücherstr. 68, Filialstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 18, Nürnberger Str. 25-26, Kaiser-Friedrich-Platz 55, Pfalzburger Str. 16, Italienische Grunewald, Bismarckstr. 101, Lichterfelde: Lichterfelde-Ost: Carstr. 1-2, Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 87-90, Kaiser-Friedrich-Str. 247-48, Pankow: Borsteiner Str. 1, Schmargendorf: Breite Str. 2, Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9, Steglitz: Albrechtstr. 130, Tegel: Berliner Str. 13, Tempelhof: Berliner Str. 147, Treptow: Krüllestr. 7, Weissensee: Streustr. 126, Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13, Brandenburg: Hauptstr. 4, Breslau: Schweidnitzer Str. 21-22, Cöpenick: Schlossstrasse 1, Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a, Niederschöneweide: Brückenstr. 22, Potsdam: Brandenburgerstr. 25, Spandau: Breite Str. 47, Stettin: Mönchenstr. 31.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"

Chefredakteur: Otto Nuschke.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Achtstundentag — Wohnungsbau

Die Gefahr dauernder Erwerbslosigkeit für 1½ Millionen — Einwände der Arbeitgeber — Bei 8 Stunden blüht die Industrie — Jährlich ¼ Million Wohnungen nötig und möglich

Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund sucht neuerdings wichtige schwebende Fragen durch gemeinschaftliche Besprechungen mit Pressevertretern aller Richtungen zu klären. Gestern hatte er zur Besprechung der beiden brennenden Probleme: **Wiederherstellung des Achtstundentages zur Bannung der Erwerbslosengefahr und Förderung des Wohnungsbaues** geladen.

Der Vertreter der sozialpolitischen Abteilung, Spliedt, begründete den Standpunkt der Gewerkschaften, daß man zur Abschaffung des ganzen Ueberstundensystems und zur Zurückführung auf den allgemeinen Achtstundentag kommen müsse, um das Arbeitslosenproblem ernsthaft zu lösen. **Die Gewerkschaftsrichtungen, allgemeine, christliche und Hirsch-Dunckersche, die den bekannten Aufruf zur schnellen gesetzlichen Lösung der Frage erlassen haben, sind gewillt, diese Aktion mit aller Kraft gemeinsam weiter zu führen durch Druck auf die Reichstagsfraktionen.** Es muß unter allen Umständen erreicht werden, daß hier eine Lösung erfolgt. Denn wir stehen vor der

Gefahr einer dauernden Erwerbslosenzahl von 1½ Millionen oder mehr.

Wir müssen also für absehbare Zeit kürzer arbeiten, um mehr zu beschäftigen. Der Einwand von Arbeitgeberseite: verkürzte Arbeitszeit, d. h. Zurückführung auf 8 Stunden, sei volkswirtschaftlich schädlich, ist nicht stichhaltig. Die große Mehrzahl der Industriebetriebe — im Juni 1926 waren es fast dreiviertel — arbeitet ja schon nur 8 Stunden oder weniger; es ist nur ein gewisser Teil von Betriebsinhabern, die glauben, länger arbeiten lassen zu müssen. Und zwar lediglich aus Furcht vor höheren Lohnausgaben für die Achtstundenschicht. Dabei arbeiten die Betriebe mit achtstündiger Tagesschicht durchaus rentabel, es würde auch für die Längerarbeiter nicht schädlich sein, wenn sie zur Achtstundenschicht zurückkehrten. Für die gesamte Volkswirtschaft aber wäre ungeheuer viel gewonnen, wenn die Ueberarbeiter in eine Linie mit den übrigen Betrieben zurückgebracht würden. Warnungen genügen, es muß zur gesetzlichen Regelung kommen. Man kann auch nicht auf spätere Regelung durch das Arbeitsschutzgesetz warten, es muß sofort etwas geschehen.

Spliedt berechnet die **Zahl der tatsächlich Erwerbslosen zurzeit auf 1,8 Millionen, denn zu den 1,3 Millionen Unterstützten kommen eine Viertelmillion „Ausgesteuerter" und mindestens soviel nicht unterstützte Erwerbslose.** 3 000 000 ist die durchschnittliche Normalziffer, wir haben also 1½ Millionen zu viel. Auch der Einwand, es fehle an Facharbeitern, trifft nicht zu. In den Hauptindustrien sind noch große Heere von Facharbeitern arbeitslos, sogar im Bergbau 21 000, darunter 8500 Hauer, obwohl

der Bergbau in den letzten Monaten am unsinnigsten mit Ueberstunden gewirtschaftet und täglich bis zu 16 Stunden hat arbeiten lassen.

Aus der sächsischen Textilindustrie sind die besten Arbeiter nach Amerika ausgewandert. Neuerdings bemüht man sich, eine große Abwanderung nach dem Balkan zu verhindern, aber nicht durch bessere Entlohnung und Arbeitszeit, sondern durch gesetzliche Erschwerungen.

Gegenüber der Gefahr der dauernden Erwerbslosigkeit von 1½ Millionen müssen wir sagen: Das geht nicht! So nur auf Kosten der Arbeiterschaft mit Massenentlassungen, aber ohne Senkung der Preise ist die erwünschte Rationalisierung der Wirtschaft nicht durchzuführen. Dagegen müssen wir kämpfen. **Und dieser Kampf bedeutet keine Störung, sondern eine Gesundung der Wirtschaft.**

In ausgedehnter Fragebeantwortung widerlegte Spliedt dann noch eine Reihe von Einwänden.

Zum **Wohnungsbauprogramm** sprach Berlins neuer Stadtbaurat Dr. Wagner, indem er die von ihm mitgestalteten Richtlinien des A. D. G. B. für den Wohnungsbau erläuterte. **Es wird mehr geheiratet als gebaut,** darin liegt das Problem der Wohnungsnot, das wir bisher nicht haben meistern können. Minister Hirtsiefer ließ bei seiner kürzlichen Forderung nach einer Mietssteigerung um 30 Prozent zum umfangreichen Mehrbau durchblicken, daß das natürlich nicht ohne entsprechende Lohnsteigerung möglich sei. Die Gewerkschaften sind weniger optimistisch und sie begegnen sich dabei mit den Ansichten aller sachverständigen Kreise. **Daß mehr gebaut werden muß, darüber sind alle einig.** 800 000 Wohnungen fehlen, und dazu kommt der jährliche Neubedarf von 150 000. Bisher ist viel zu sehr für die noch bemittelten Kreise gebaut worden.

Ein Mindestbauprogramm nur für die minderbemittelten Kreise ist jetzt ins Auge zu fassen, es muß für fünf Jahre aufgestellt werden und jährlich eine Viertelmillion Neuwohnungen vorsehen.

Die Standardwohnung geringsten Raumes für eine Familie muß zwei Zimmer, Kammer und Küche umfassen. Und die Miete darf höchstens zehn Prozent über der für Altwohnungen liegen, **eine Milliarde flüssiges Baukapital** für erste und zweite Hypotheken ist aufzubringen möglich, aus der Hauszinssteuer muß jährlich 1,875 Milliarden für den Wohnungsbau verfügbar gemacht werden. **25 Prozent der Friedensmiete müssen restlos dem Wohnungsbau dienen, und es ist zu fordern, daß endlich alle bebauten Grundstücke, auch die ländlichen, dazu herangezogen werden.** Dreizehntel des Aufkommens müssen dem Reich für den Bau von Volkswohnungen und als Ausgleichsfonds verbleiben. Siebenzehntel aber den Gemeinden mit besonderer Bauverpflichtung zufließen. Billiges Gelände ist durch Enteignung oder im Erbbau zu beschaffen. Länder und Gemeinden haben Bedacht zu nehmen, daß **das öffentliche Baukapital nicht im Individualbau verzettelt, sondern möglichst in Großbauträgen konzentriert wird.** Der Bauwirtschaft muß der Saisoncharakter genommen werden durch Verteilung über das ganze Jahr: Innenarbeiten und Materialherstellung im Winter.

Stadtbaurat Dr. Wagner setzte sich für die Durchführung dieser Grundsätze energisch ein; wir hoffen, daß er besonders in seinem neuen Berliner Amt rücksichtslos gegen die bekannten Hemmungen vorgeht.

Todesurteile gegen Schulz und Klapproth beantragt

Zuchthausstrafen für die übrigen Angeklagten

Landsberg, 2. November.

Oberstaatsanwalt Rohrlack beantragte im Landsberger Fememordprozeß gegen Schiburr und Genossen den Angeklagten Erich Klapproth wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode zu verurteilen, den Angeklagten Schulz wegen Anstiftung zum gemeinschaftlichen Morde gleichfalls zum Tode zu verurteilen. Glaser wegen Beihilfe zum Morde zur geringst möglichen Strafe von zwei Jahren Zuchthaus, Raphael ebenfalls wegen Beihilfe zu sechs Jahren Zuchthaus, weiter wegen Meineid zu sechs Monaten Gefängnis oder vier Monaten Zuchthaus, wegen Mißhandlung, Nötigung und Anstiftung dazu zu zwei Jahren Gefängnis oder sechzehn Monaten Zuchthaus, insgesamt zu sieben Jahren Zuchthaus unter voller Anrechnung der Untersuchungshaft zu verurteilen.

Gegen Willi Klapproth und Vogel beantragt der Oberstaatsanwalt wegen Beihilfe zum vollendeten Mord die geringst mögliche Strafe, weiter wegen Meineids sechs Monate Gefängnis oder vier Monate Zuchthaus, insgesamt eine Strafe von drei Jahren, drei Monaten Zuchthaus, gegen Willi Klapproth insgesamt drei Jahre Zuchthaus. Auch diesen beiden Angeklagten soll die Untersuchungshaft in voller Höhe angerechnet werden. Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte beantragt der Oberstaatsanwalt nicht.

Die Angeklagten nahmen den Antrag ruhig auf.

Zusammenstoß Stresemann—Hoetzsch

Die verbohrte „nationale Opposition" im Auswärtigen Ausschuß

Die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags waren gestern nachmittag um 3 Uhr beendet. Die Verhandlungen waren streng vertraulich. Es kann jedoch gesagt werden, daß übereinstimmend im Ausschuß zum Ausdruck kam, daß endlich einmal mit der Militärkontrolle der Alliierten Schluß gemacht werden muß. Im übrigen unterhielt man sich in erster Linie darüber, wie Thoiry bald zu einem praktischen Ergebnis geführt werden kann. Wie wir erfahren, kam es im Laufe der Aussprache unerwarteterweise zu

lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem Vertreter der deutschnationalen Opposition, dem Abgeordneten Dr. Hoetzsch.

In parlamentarischen Kreisen war man darüber um so mehr erstaunt, als der Abgeordnete Hoetzsch, der sonst als ein besonders ruhiger Mann gilt, diesmal außerordentlich scharfe Angriffe gegen den Reichsaußenminister gerichtet haben soll. Man hatte bei diesem Zusammenstoß den Eindruck von einer verschärften Spannung zwischen dem Reichsaußenminister und den Deutschnationalen. Auf die in sehr schroffem Tone vorgetragene Kritik des Abgeordneten Hoetzsch hat der Reichsaußenminister ebenso scharf wie entschieden geantwortet. Der Reichsaußenminister hat jedenfalls zum Ausdruck gebracht, daß er der unberechtigten Kritik der Deutschnationalen an der außenpolitischen Haltung der Reichsregierung nicht das geringste Verständnis entgegenbringen kann.

Zur Frage der Militärkontrolle, deren Aufrechterhaltung verurteilt wurde, sprach für die demokratische Reichstagsfraktion der Abgeordnete Reichsminister a. D. Dr. Dernburg. Außerdem nahm von den Demokraten noch der Abgeordnete Graf Bernstorff an den Verhandlungen des Ausschusses teil. Die Deutschnationalen hatten zur Frage der Militärkontrolle einen besonderen Antrag eingebracht, der außerordentlich scharf formuliert war. Sie zogen ihn aber nach der Annahme eines Antrages der Regierungsparteien und der Sozialdemokraten zurück, wonach die weitere Behandlung der Frage der Militärkontrolle einem Unterausschuß übertragen wurde.

Schnelldienst

Der Reichsminister des Innern hat die Arbeiten zur Wahlgesetzreform abgeschlossen und den Gesetzentwurf dem Reichskabinett zur Beschlußfassung zugeleitet.

Der Vollzugsrat des britischen Bergarbeiterverbandes erbittet aus Rußland zur Unterstützung der streikenden Arbeiter einen Scheck über eine Million Rubel.

Die Arbeitgeber in der Rheinschiffahrt haben den täglich ergangenen Schiedsspruch des Schlichters abgelehnt.

In Genua und anderen Orten der ligurischen Küste haben Gewitter und Sturmfluten Ueberschwemmungen und andere Sachschäden verursacht.

Die weiteren Resultate der englischen Stadtverordnetenwahlen bestätigen den großen Sieg der Arbeiterpartei.

Der japanische Dampfer „Lenjo Maru", der am vergangenen Mittwoch mit einer Goldsendung für Amerika gestrandet ist, konnte wieder flott gemacht werden.

Sämtliche 122 Krankenhäuser in London sind jetzt mit Radio-Empfangseinrichtungen versehen. (Funkspruch.)

Der französische Konsul in Lungtschau (China), Robert, ist während einer Automobilfahrt von Räubern getötet worden.

Die Bilanz des Fascismus

Von unserem Korrespondenten

Alfred Sternstein (Rom)

In Bologna hat am Sonntag, zum drittenmal in diesem Jahre, eine Minute lang das Leben des italienischen Diktators und damit vielleicht das von ihm geschaffene höchst umstrittene Werk auf dem Spiel gestanden. Unser römischer Korrespondent gibt im folgenden seine Eindrücke von dem Werk und der Dauerhaftigkeit des von Mussolini geschaffenen Systems wieder.

Große Vorbilder verlocken zur Nachahmung, auch wenn man sonst noch so stolz auf Originalität ist. Napoleon reist die 3000jährigen Pyramiden zu Zeugen seines Feldherrngenies an — Mussolini läßt seine Kohorten am Konstantinsbogen defilieren, nimmt im Kolosseum mit Imperatorengeste die Huldigung von 20 000 schwarzblusigen Prätorianern entgegen und paraphrasiert den Gedenktag des Marsches auf Rom mit historischen Reminiszenzen. Das Idealbild des römischen Imperiums, wie eine Fata Morgana aus dem Trümmerfeld des Forums aufsteigend, ist so ziemlich das Einzige, was man nicht reformbedürftig fand und darum gelten ließ. Alle anderen Traditionen, ererbten Begriffe und Anschauungen wurden zum alten Eisen geworfen und im Schmelztiegel des „Staatsschöpfers" umgegossen — ohne jedoch die Goldformel der Alchimisten zu finden. Sogar der Kalender ist revidiert. Was seit Christi Geburt sich ereignete, ist bedeutungslos. Man schreibt das vierte Jahr der fascistischen Revolution!

Ein Regime, das so selbstherrlich mit allem bricht, was Dynastien und Staatsmännern in Dezennien aufbauten, muß Unerhörtes geleistet haben, oder dem Fluch der Lächerlichkeit verfallen, muß eine einwandfreie Bilanz vorlegen können, denn vom Pump der Versprechungen und Phrasen hat noch keine Partei in der Geschichte aller Völker auf die Dauer gelebt. Seit Wochen wird daher der Presse alles aufgezählt, was der Fascio für das Land getan hat. Wie es noch immer Pädagogen gibt, die auf die Kinder einprügeln, um sie mit dem Geist der Wissenschaft zu erleuchten und zu lebenstüchtigen nützlichen Gliedern der Gesellschaft zu erziehen, so hat man dem italienischen Volk seit jenem 28. Oktober 1922 bis heute eine Staatsauffassung beigebracht, deren Hauptvorzüge darin bestehen, daß sie frei von unnützem, ethischem Ballast die Gewalt als das regierende Prinzip in der Welt erklärten, dem sacro egoismo menschlich, politisch, wirtschaftlich das Primat einräumt. Seit dem „bewaffneten Plebiszit", wie man den Handstreich auf Rom nennt, wurde Tabula rasa gemacht. Das alles ist hinreichend bekannt. Unmöglich, auch nur andeutend auszuführen, welchen Leidensweg Parlament und Presse, Justiz und Verwaltung, die Parteien und Gewerkschaften gegangen sind, damit sich der Fascio mit dem Heiligenschein des Retters des Vaterlandes schmücken konnte. Eine beispiellos geschickte Reklame hat diese These den Gehirnen bis zur Gewißheit eingewöhnt, daß man sie wie im somnambulen Zustand automatisch nachspricht. Der Ruf nach Gedankenfreiheit ist längst verstummt, nur ein paar Fanatiker noch warten auf den neuen Messias.

Es hielte nicht schwer, das fascistische System, von endlosen Kommissionen mühselig in drei Jahren zusammengeborgt und geleimt, Zug um Zug zu widerlegen. Man braucht durchaus nicht etwa ein blindwütiger Gegner der Diktatur zu sein und in Bausch und Bogen alles und jedes Positive zu verleugnen, um zu der entscheidenden Frage zu kommen, worin sich denn die Programme der anderen Parteien von den „nationalen" der Fascisten unterscheiden! Mit Ausnahme der Kommunisten wollten und wollen alle ebenfalls ein großes, einiges Italien. Es wäre ein Nonsens, zu glauben, daß die Außenpolitik des Fascismus andere Wege gehen könnte, als wie sie die geo- und demographischen Bedürfnisse und Notwendigkeiten des Landes vorzeichnen, ohne die Grenzlinien anderer Staaten feindlich zu überschneiden. Der Elan, mit dem für einen anderen Kurs lärmend Stimmung gemacht wird, verpufft notwendigerweise an den realen Machtverhältnissen und der Haltung Europas. Das rege Interesse